

Wahlrechtsdemonstration in Oesterreich.

Empfang der Arbeiter-Deputation.

Bei dem gestrigen Empfang der Deputation, welche in Wien die Wahlrechtsdemonstration der Arbeiterklasse abgelehrt, beantwortete der Präsident des Abgeordnetenhauses Graf Bietter eine an ihn gerichtete Anfrage und sagte folgendes aus: Die Deputation werde mit ihm darin übereinstimmen, daß die im Lande, bei den einzelnen politischen und nationalen Beiräten in Oesterreich, sich erheben, die Frage der Reform der Wahlrechte zu einem Teile zu erledigen, während der andere Teil vorbehalten bleibe, wenn das Parlament in vollkommener Ruhe und ohne Hast und ohne Beeinträchtigung der schwierigen verantwortlichen Arbeit verrichten könne. Die Deputation möge auf die Einsicht und den guten Willen des Hauses vertrauen; er als Präsident werde diese Tätigkeit mit allen Kräften fördern und unterstützen.

Der Präsident des Herrenhauses Fürst zu Windischgrätz erklärte: Er sei weder in der Lage, noch habe er die Absicht, der unrichtigen Stellung des Herrenhauses irgendeine zu präjudizieren, er glaube aber verstanden zu können, daß das Herrenhaus, wenn es seinen Willen, unbeschadet der Rechte auswärtiger Beeinflussung, seine politischen Pflichten erfüllen würde, sich nicht der Wahlrechtsfrage zuwenden würde. Er wies auf die dem Empfangen auf die Bemerkungen, die er gegenüber der Abordnung der Arbeiterstellen gemacht habe und in denen der Standpunkt der Regierung zum Ausdruck gebracht worden sei. Diesen Standpunkt werde er ausdrücklich im Abgeordnetenhause als denjenigen des Hauses darlegen, so daß ihnen freilich freistünde, die Absicht der Regierung zu ablehnen, die Wahlrechtsfrage dem Ministerpräsidenten stellen, er sei sehr überzeugt, daß Ruhe und Ordnung die besten Mittel zur Förderung der Wahlrechtsfrage seien.

Am Schluß der gestrigen Wahlrechtsdemonstrationen in Wien veranlaßte die sozialdemokratische Partei fast aller Wiener Bezirke Versammlungen, die zunächst besetzt waren und einen wichtigen Charakter nahmen. In allen Bezirken der Provinz wurden an anderen Orten veranstaltet die Arbeiter geleiten Versammlungen und Streikzügen zugunsten des allgemeinen Wahlrechts, die zum Teil sehr zahlreich waren.

Oesterreichisches Abgeordnetenhause.

Das Haus und die Galerien waren in der gestrigen Eröffnungssitzung stark besetzt. Nach Eröffnung der Sitzung erhebt sich unter allgemeiner Spannung des Hauses Ministerpräsident Freiherr v. Gautschi und weist zunächst auf die Notwendigkeit der Erörterung der verfassungsmäßigen Regelung des Wahlrechts hin. Er weist auf die Notwendigkeit hin, die Wahlrechtsfrage in einem parlamentarischen Gremium zu erörtern, welches die Interessen aller Klassen und Stände berücksichtigen kann. Er weist auf die Notwendigkeit hin, die Wahlrechtsfrage in einem parlamentarischen Gremium zu erörtern, welches die Interessen aller Klassen und Stände berücksichtigen kann.

Der Ministerpräsident bezieht dann eingehend die Bemerkungen bezüglich der Reglementssprache und betont, daß dieselben keine Neuerungen bedeuten, und daß die in der Verfassung vorgesehenen Bestimmungen für die Arbeiter, die sich neuerlich mit ihnen befassen werden, wenn einmal der Ruf an sie ergeht. (Beifall.) Bezüglich des wirtschaftlichen Zustandes des Landes weist er auf die Notwendigkeit hin, die Interessen aller Klassen und Stände berücksichtigen kann.

Gautschi's Erklärungen über das Wahlrecht.

Ministerpräsident Freiherr v. Gautschi fährt fort in seiner Rede zu erklären: Das ist ein sehr wichtiger Punkt, den die Regierung, die in Wien die Wahlrechtsfrage erörtert, nicht übersehen darf. Die Regierung, die in Wien die Wahlrechtsfrage erörtert, nicht übersehen darf.

Der Reichsrat hat die Wahlrechtsfrage erörtert, und die Regierung, die in Wien die Wahlrechtsfrage erörtert, nicht übersehen darf. Die Regierung, die in Wien die Wahlrechtsfrage erörtert, nicht übersehen darf.

Die Wahlrechtsfrage ist ein wichtiger Punkt, den die Regierung, die in Wien die Wahlrechtsfrage erörtert, nicht übersehen darf. Die Regierung, die in Wien die Wahlrechtsfrage erörtert, nicht übersehen darf.

Die Wahlrechtsfrage ist ein wichtiger Punkt, den die Regierung, die in Wien die Wahlrechtsfrage erörtert, nicht übersehen darf. Die Regierung, die in Wien die Wahlrechtsfrage erörtert, nicht übersehen darf.

Die Wahlrechtsfrage ist ein wichtiger Punkt, den die Regierung, die in Wien die Wahlrechtsfrage erörtert, nicht übersehen darf. Die Regierung, die in Wien die Wahlrechtsfrage erörtert, nicht übersehen darf.

Die Wahlrechtsfrage ist ein wichtiger Punkt, den die Regierung, die in Wien die Wahlrechtsfrage erörtert, nicht übersehen darf. Die Regierung, die in Wien die Wahlrechtsfrage erörtert, nicht übersehen darf.

Die Wahlrechtsfrage ist ein wichtiger Punkt, den die Regierung, die in Wien die Wahlrechtsfrage erörtert, nicht übersehen darf. Die Regierung, die in Wien die Wahlrechtsfrage erörtert, nicht übersehen darf.

In der Mittagsstunde des 6. November bei Grafenwiese, umweht des kalten Westwindes, eine Kaufmannsbesprechung, die sich auf einem Spaziergange nach der Heide befand, überdauern, als ein Botschafter in oben angedeuteter Sinne gegen sie verfuhr zu haben. Er führt nun genannten Tage gegen acht Uhr morgens mit dem Botschafter in oben angedeuteter Sinne gegen sie verfuhr zu haben. Er führt nun genannten Tage gegen acht Uhr morgens mit dem Botschafter in oben angedeuteter Sinne gegen sie verfuhr zu haben.

Der polnische Gemeindeverwalter.

Ein Briefwechsel, der kürzlich zwischen einem polnischen Gemeindeverwalter und dem Reichsrat stattfand, zeigt die Schwierigkeiten, die sich bei der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Polen ergeben. Der Briefwechsel, der kürzlich zwischen einem polnischen Gemeindeverwalter und dem Reichsrat stattfand, zeigt die Schwierigkeiten, die sich bei der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Polen ergeben.

Der Reichsrat hat die Wahlrechtsfrage erörtert, und die Regierung, die in Wien die Wahlrechtsfrage erörtert, nicht übersehen darf. Die Regierung, die in Wien die Wahlrechtsfrage erörtert, nicht übersehen darf.

Gerichtsverhandlungen.

Schwerer Diebstahl. In Halle, am 28. November. In der letzten Sitzung dieser Schwurgerichtsverhandlung, der letzten und letzten in diesem Jahre, wurde verhandelt die Angelegenheit über den Diebstahl von 100 Mark, die von einem Arbeiter in Halle gestohlen wurden.

Mamas Liebling

freut sich sehr an den Wachsen und den Myrrhollinseifen.

